

## Pressemitteilung

der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Europ. Metropolregion Nürnberg

Der Fürther CSU-Ortsverband hat in einer Pressemitteilung erklärt, er halte es „für nicht nachvollziehbar und inakzeptabel“, dass Oberbürgermeister Jung auch verschiedene antifaschistische Gruppen zu Redebeiträgen im Rahmen der Gedenkveranstaltung am 9. November eingeladen hat. Die unterzeichnenden Vorstände der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Europ. Metropolregion“ halten diese Kritik in inhaltlicher wie sozialer Hinsicht für problematisch. Bei einer Gedenkveranstaltung an die Opfer des Nationalsozialismus verbietet es sich, dergestalt Trennlinien zu ziehen zwischen genehmen und nicht-genehmen politischen Gruppen. Das widerspricht völlig dem Geist des Gedenkens an die Opfer der Nazi-Diktatur und ist grotesk angesichts der Ermordung der kommunistischen und sozialdemokratischen Gegner des Verbrecher-Regimes, derer es ebenso wie der ermordeten Juden und Sinti und Roma zu gedenken gilt .

Antifa-Gruppen im Allgemeinen und Frau Brenner im Besonderen die Verfassungstreue abzusprechen, ist ein nicht-rechtfertigbarer Angriff auf deren Integrität. Manche der Gruppen mögen wohl in Teilen kapitalismuskritisch gestimmt sein, aber das sind manche Vertreter der katholischen Soziallehre auch und deshalb noch lange keine Verfassungsfeinde!

Den Bayerischen Verfassungsschutz nach der Selbstoffenbarung der NSU-Mörder als verlässlichen Zeugen aufzurufen, verkennt die Kompetenz und Gestimmtheit von Teilen dieser Behörde. So wurde auch Ernst Grube, ein Verfolgter des Nazi-Regimes, deportiert nach Theresienstadt und zur Vernichtung vorgesehen, seit Jahrzehnten in Schulen als Aufklärer gegen Menschenrechtsfeindlichkeit aktiv, in Verfassungsschutzberichten der Vergangenheit als Verfassungsfeind gebrandmarkt. Zu Unrecht, wie das zwischenzeitlich sogar richterlich befunden wurde!

Die einzige Trennlinie, die in diesem Zusammenhang rechtfertigbar ist, ist jene, die zwischen den Anhängern der Täter und der NS-Ideologie auf der einen Seite und jener, die der Opfer gedenken, auf der anderen Seite, verläuft. Deshalb unterstützt die Allianz gegen Rechtsextremismus den Kurs von OB Jung, Menschenrechtsfreunden ein gemeinsames Podium beim Gedenken an die Opfer von Rassenwahn und Diktatur zu geben. Wir halten das Ansinnen der CSU, diesen Anlass zu nutzen, um Verfassungstreue nach den Maßstäben des Bayerischen Verfassungsschutzes zu zertifizieren und für parteipolitische Zwecke zu nutzen, für skandalös.

Michael Helmbrecht, Vorsitzender der Allianz gegen Rechtsextremismus  
Stephan Doll, stellvertretender Vorsitzender der Allianz gegen Rechtsextremismus  
Dr. Elisabeth Preuß, stellvertretende Vorsitzende der Allianz gegen Rechtsextremismus

Für Rückfragen: Michael Helmbrecht, Tel. mobil: 0176 56 92 16 52